

From the Editors

Die drei in dieser Ausgabe versammelten Artikel besprechen sehr unterschiedliche Themen, aber sie haben eine gemeinsame Argumentationslinie, die sie miteinander verbindet. Alle drei Artikel hinterfragen etablierte Trennlinien zwischen den philosophischen Parteien und eröffnen so neue Wege der Reflektion.

Ben Davies' Beitrag *Utilitarianism and Animal Cruelty* hinterfragt die weitgehend akzeptierte Auffassung, dass Veganismus (als praktischer Standpunkt) und Utilitarismus (als Moraltheorie) Hand in Hand gehen. Davies argumentiert, dass Veganismus in manchen Punkten radikaler ist, als es der Utilitarismus verlangen würde, und in anderen Punkten weniger effektiv. So könnten Utilitaristinn*en und Veganer*innen sich zwar leicht auf die moralische Ablehnung des Essens von (massenproduziertem) Fleisch verständigen; die Ansichten könnten jedoch drastisch auseinander gehen, wenn es um andere Beispiele der grausamen Behandlung von Tieren geht, wie etwa besonders schmerzhaften medizinischen Experimenten. Darüber hinaus sind Utilitaristinn*en skeptischer, was den Unterschied betrifft, den eine einzelne Person durch ihr Verhalten machen kann (etwa bezüglich großer sozialer und ökonomischer Strukturen wie Fleischproduktion und -konsum) und sie könnten bereit sein, bestimmte Instanzen der Ausnutzung von Tieren im Lichte der spezifischen menschlichen Interessen, denen diese dienen, zu akzeptieren (denken könnte man hier etwa an die Nutzung von Tieren im Sport).

In ihrem Artikel *Transworld Egoism, Empathy, and the Golden Rule* führt Harriet Baber aus, dass das Nachdenken über unsere Gegenstücke in anderen möglichen Welten – die uns sehr ähnlich sind, aber uns nicht genau gleichen – eine egoistische Begründung für altruistische Grundsätze liefern könnte. Baber beginnt mit der Unterscheidung von engem und weitem Präferentismus – wobei der enge Präferentismus nur solche Interessen berücksichtigt, die ich tatsächlich habe, während der weite Präferentismus auch Interessen berücksichtigt, die ich leicht haben *könnte*, wenn man meine tatsächliche psychologische Struktur voraussetzt. Der weite Präferentismus erlaubt es uns, einen interessenbasierten Egoismus zu formulieren, in dem ich auch eine Motivation hätte, diejenigen meiner Gegenstücke zu begünstigen, die mir ähneln, aber nicht genau meine Interessen besitzen. Dies, so Baber, läuft auf eine egoistische Begründung der Goldenen Regel hinaus: Wenn ich eine Motivation habe, diese Gegenstücke wie mich selbst zu behandeln, dann habe ich auch eine Motivation, alle, die mir in relevanten Hinsichten ähneln, wie mich zu behandeln.

Augustin Fragnière setzt sich in seinem Beitrag *Ecological Limits and the Meaning of Freedom* mit dem vermeintlichen Konflikt auseinander, der entsteht, wo Individuen auf Nachhaltigkeitsziele verpflichtet werden und damit Einschnitte ihrer persönlichen Freiheit hinnehmen müssen. Es ist ein von Gegnern einer ökologisch und nachhaltig

eingestellten Politik häufig vorgebrachtes Argument, dass eine solche Politik zu sehr in individuelle Freiheitsrechte eingreife (und dass eine solche Politik besser durch Anreize verfolgt würde, als durch Gesetzgebung und Regulierung). Fragnière meint, dass ein solcher Konflikt nicht für jedes philosophische Freiheitskonzept auftrete – und er argumentiert, dass Philip Pettits Begriff von Freiheit als Abwesenheit von Dominanz tatsächlich mit streng ‚grüner‘ Politik kompatibel sei.

Wie ich bereits erwähnt habe, haben alle drei Artikel gemeinsam, dass sie etablierte ‚Wahrheiten‘ darüber in Frage stellen, welche moralischen Theorien bestimmte ethische Standpunkte stützen können (oder eben nicht). ‚Utilitarismus ist eine Theorie für Veganer*innen‘, ‚Egoistinn*en können sich nicht um andere kümmern‘, oder ‚Grünen liegt nichts an persönlichen Freiheitsrechten‘ – diese Gemeinplätze werden in diesem Band zur Diskussion gestellt. Im Lichte aktueller Entwicklungen innerhalb und außerhalb des universitären Betriebs ist vielleicht folgender Gedanke das einigende Motiv dieser Ausgabe: etablierte Wahrheiten niemals als gegeben hinzunehmen, da sie so leicht von denen zerstört werden, denen an Wahrheit nichts liegt.

Diejenigen, die glaubten, dass jemand wie Donald Trump niemals Präsident eines demokratischen Landes werden könnte, lagen falsch; genau wie jene, die meinten, Trump würde sein aggressives und verlogenes Verhalten ändern, wenn er erst das Amt übernommen hätte. Demokratien in aller Welt sind in Gefahr, und Europäer*innen werden sich bewusst, dass sich eine demokratische Struktur nicht einfach selber erhält. Die radikale Rechte in Mitteleuropa, geführt von Marine Le Pen und der Alternative für Deutschland, hält sich nicht an die etablierten Regeln des demokratischen Diskurses und Faktenchecks werden nicht genug sein, um sie zu stoppen.

An Universitäten werden Forschungsgelder immer knapper, Arbeitsverhältnisse immer unsicherer und Stipendien und Preise werden von Jahr zu Jahr umkämpfter – und viele Nachwuchswissenschaftler*innen erkennen, dass ihnen die Universität keine berufliche Zukunft bieten kann. Heutige Universitäten sind nicht länger geschützte Räume, die der Suche nach wissenschaftlichen oder moralischen Wahrheiten dienen. Mehr und mehr werden sie nach privatwirtschaftlichen Grundätzen betrieben und ihre Angestellten sind gezwungen, sich diesen neuen Gegebenheiten anzupassen.

Man könnte sich dazu verleiten lassen, der Hoffnungslosigkeit, die sich in der internationalen Politik und an den Universitäten ausbreitet, mit noch mehr Wettbewerb und Verteidigungsgebaren entgegenzutreten. Aber wenn wir den hier versammelten Beiträgen eine allgemeine Lehre abgewinnen wollten, so wäre diese eben nicht ‚weitermachen wie immer‘. Alle drei Beiträge fordern uns auf, unkonventionell und an alten Trennlinien vorbei zu denken; und zwei der Beiträge argumentieren klar für ‚unerwartete Alliierte‘.

Übertragen auf die Politik kann dies als Aufruf verstanden werden, nach allen zu suchen, die die liberale Demokratie verteidigen – jenseits von Parteigrenzen. Übertragen auf den Universitätsbetrieb kann dies als Aufruf zu echter Solidarität verstanden werden zwischen denen, die dort in unsicheren Verhältnissen arbeiten – Solidarität anstelle von (zu oft bedeutungsloser) ‚Kollaboration‘.